

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Die jüngsten Fehlleistungen des Titelverteidigers Kohl im Bundestagswahlkampf deckt **Manfred Opel MdB** auf.

Seite 1

Die Verknüpfung von Familienplanung und Verbesserung der Bildungschancen für Frauen und Mädchen auf der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo unterstreicht **Christa Randzio-Plath MdEP**.

Seite 2

Die Initiative zum Abbau von Gewaltdarstellungen im Fernsehen begrüßt der Kinderbeauftragte der SPD **Wilhelm Schmidt MdB**.

Seite 3

Die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem von ostdeutschen Frauen, darf nicht zur Normalität werden warnt **Edith Niehuls MdB**.

Seite 4

49. Jahrgang / 173

8. September 1994

Kohl wird sichtlich nervös

Von Manfred Opel MdB

Zunehmend gereizt reagierte der gerade aus dem Urlaub zurückgekehrte Helmut Kohl auf die bohrenden Interview-Fragen von Tagesschau-Moderator Ulrich Wickert. Und auf manche Frage wußte er überhaupt keine Antwort.

Bei der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag versuchte er es erneut mit dem Prinzip Hoffnung. Er versprach den Menschen wieder eine blühende Zukunft. Nur: Wieso er seine neuesten Versprechen nicht bereits in den vergangenen zwölf Jahren umgesetzt hat, verschwieg er.

Seine Stimmung sank merklich, als er am Abend, selbst herbeigeeilt, feststellen mußte, daß seine Koalitionäre im Parlament nicht mehr anzutreffen waren.

Draußen spüren immer mehr Menschen, daß sie jetzt die Mark zweimal umdrehen müssen. Ein Steuerzuschlag, genannt Solidarbeitrag, von 7,5%, droht jedem Einkommensbezieher ab nächstem Jahr zusätzlich.

Dem werten Publikum hängen die Kohl'schen Jubel-Veranstaltungen in seinen Sponsor-Medien langsam zum Hals heraus. Man wartet nur noch darauf, an seinen Ärmeln Aufnäher mit einem dezenten Emblem "RTL"-und "Sat 1" oder "Bild" und "FAZ" zu entdecken.

Da sich Kohl mit seinen Negativ-Rekorden an Arbeitslosigkeit, Schulden und Steuern schlecht als unbelasteter Retter aufspielen kann, wird das Wahlvolk mit Medienmacht in eine irrealer Welt der "Sozialismus-Bekämpfung" entführt.

In einem neuerlichen Anflug von "black-out" erklärte Helmut Kohl die PDS praktisch zur Volksfront-Partnerin der SPD. Er steigert sich darüber in immer abstrusere Vorwürfe, Vergleiche und Verdächtigungen hinein. Ein klares Zeichen seiner wachsenden Nervosität.

Man könnte allmählich meinen, die PDS habe in den hysterischen Tagträumen des Helmut Kohl den Part der verlorengegangenen Sowjetmacht als Feindbild übernommen. Das ist zuviel der Ehre für die übriggebliebenen des Ulbricht-Regimes.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendete Druckschrift
mit 100% recyceltem
Papier



War die ROTE SOCKEN-Kampagne bisher allenfalls ein gutes Geschäft für Strumpf-Fabrikanten, so hat Helmut Kohl mit der Erhebung des 16. Oktober zum "Tag der Richtungswahl" den Nagel auf den Kopf getroffen. Nur: Diese Kampagne läuft ebenfalls zu seinen Lasten.

Er hat wohl schon erkannt, daß ihm sein Medienberater Pepa damit einen zweiten Flop beschert hat. Denn "Richtungswahl" heißt:

- Kohl oder soziale Gerechtigkeit.
- Kohl oder gesellschaftliche Solidarität.
- Kohl oder eine bessere Zukunft.

Äußeres Zeichen der wachsenden Verunsicherung des plötzlich überhaupt gar nicht mehr souverän wirkenden Helmut Kohl sind die zunehmende Anzahl seiner Versprecher, sein gereiztes Reagieren auf unbequeme Fragen, das Verschwinden seines antrainierten Optimismus-Grinsens, die Angst vor dem Disput mit Rudolf Scharping, der Versuch des Abwürgens von Bundestags-Debatten, das aufgeregte Verdrängen von bisherigen Fehlleistungen und die hektische Suche nach "dem" Hebel, um die SPD abqualifizieren zu können.

Eingefallen ist dem "Dream-Team" im Adenauerhaus nur ein fader Aufguß der "Freiheit statt Sozialismus"-Kampagne des Kalten Krieges. Herausgekommen ist eine kostenlose Reklame für die PDS.

Hatte der stabile Helmut früher "seinen Freund Boris" hingebungsvoll umarmt, so gebot die aktuelle Wahlkampf-Taktik beim Abschied der russischen Truppen nur ein leer-säuerliches Gesicht in Verbindung mit einem faden Händedruck. Diesen Sinneswandel seines Freundes Helmut konnte Jetzin offenbar nicht ganz verstehen.

Man fragt sich, was Helmut Kohl wohl ohne die PDS machen würde? Man müßte sie für ihn erfinden. So hilft der alte Kommunismus im neuen Kleid den alten Konservativen. Da muß man doch nervös werden! Oder?

(-/8. September 1994/hgs/ks)

Familienplanung muß entideologisiert werden

Familienplanung und mehr Bildungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen gehören zusammen

**Von Christa Randzio-Plath MdEP
Vorsitzende des Marie-Schiel-Vereins**

"Ich mache mit", erzählt stolz die Javanerin Suryo. Sie wie viele andere Indonesische Familien haben an ihren Häusern sichtbar das Zeichen für ihre Teilnahme an der Familienplanung angebracht. So sank die jährliche Geburtenrate von 6,8 Prozent auf weniger als 1,66 Prozent. Gleichzeitig stiegen die Einschulungsraten und der Besuch weiterführender Schulen durch Mädchen.

Diese Entwicklung unterstellt, daß Familienplanung nur gelingen kann, wenn der kostengünstige Zugang zu einer sicheren Verhütung und Bildungsanstrengungen zusammen eingesetzt werden. Zu recht stellt die jetzige Weltbevölkerungskonferenz in Kairo diesen Zusammenhang heraus. Frauen sind der Schlüssel zur Entwicklung. Die dramatische Bevölkerungsentwicklung, innerhalb der nächsten 30 Jahre wird sich die Weltbevölkerung verdoppeln, trägt zu Armut, Hunger und Unterentwicklung bei. Dringend erforderlich sind daher Aktionen wie sie in dem 113 Seiten starken Aktionsplan aufgeführt sind. Der Teufelskreis Unwissenheit, Armut und hohe Kinderzahl muß durch Aufklärung, angemessene, billige Verhütungsangebote, Alphabetisierungs- und Bewußtseinsänderungskampagnen durchbrochen werden. Die Industrieländer müssen die Kosten von 25 Milliarden DM aufbringen, aber auch endlich ihre öffentliche Entwicklungshilfe insgesamt auf das im Rahmen der UNO vereinbarte 0,7-Prozent-Ziel aufstocken.

Familienplanung bedingt Respekt vor der Würde der Frau, die Realisierung des Rechts auf Bildung für Frauen und Männer. Es ist falsch, in der Familienplanung ein Teufelswerkzeug zu sehen. Die fundamentalistischen Positionen einiger Religionen und Staaten sind zynisch, weil sie in Kauf nehmen, daß Frauen Kinder gebären müssen, die sie nicht ernähren können. Das alte Tucholsky-Gedicht 'Neun Monate kümmern sich alle um mich - die Kirche und der Staat...' hat nichts an Aktualität verloren. Frauen tragen die gesamte Last der Fortpflanzung, daher müssen sie auch über sie bestimmen können. Millionen von Kindern verhungern oder hungern, sind obdachlos, werden körperlich, sexuell oder als billige Arbeitskraft ausgebeutet, weil sie von den Familien nicht versorgt werden können.

Frauen mit besserer Schulbildung gebären weniger Kinder und versorgen sie besser. Aber immer sind noch fast doppelt so viele Frauen wie Männer Analphabetinnen. Dabei bringen Bildungsinvestitionen in Mädchen hohe Wohlfahrtsgewinne, weil Frauen in den meisten Entwicklungsländern die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wasser, Energie versorgen und gebildete Frauen ihre Kräfte produktiver einsetzen. Außerdem können Mädchen mit Schulabschlüssen eine andere Art von höheren Einkünften bekommen, als in der reinen landwirtschaftlichen Tätigkeit. In vielen Projekten des Marie-Schlei-Vereins ist zu beobachten, daß Frauen ihr Geldeinkommen dazu nutzen, um Mädchen auf weiterführende Schulen zu schicken, sie wissen von dem Zusammenhang von Bildung und Entwicklung. Deswegen ist Familienplanung mit den Frauen durchsetzbar, gegen ihren Willen aber selten erfolgreich. Von daher hat die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo große Verdienste, weil sie die Familienplanung entideologisiert, das Bewußtsein schärft und Industrieländer auf einen Aktionsplan verpflichtet.

Im Interesse einer dauerhaften wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung muß das Bevölkerungswachstum verlangsamt werden. Wichtig ist aber, daß Bildungspolitik und Familienplanung die Frauen einbeziehen, sie beteiligen und sie nicht unter Verletzung von Würde und Gesundheit zur Kinderlosigkeit zwingen. Außerdem muß der Entwicklungsprozeß ebenfalls die Frauen einbeziehen, so daß Kinder nicht die einzige Quelle zur Unterstützung sind, die Mütter im Alter oder bei Krankheit haben.

(-/8. September 1994/hgs/ks)

Leo Kirch soll seinen Gewalt-Schund vernichten Bundestag fordert Abbau von Gewaltdarstellungen im Fernsehen

**Von Wilhelm Schmidt MdB
Kinderbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion**

Nach langen Auseinandersetzungen hinter den Bundestags-Kulissen hat das Parlament in seiner letzten Sitzungswoche - gewissermaßen im letzten Moment - den fraktionsübergreifenden Antrag zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewaltdarstellungen in Medien verabschiedet. Damit ist den Medienmachern, vor allem im Fernsehbereich, ein deutliches Signal gesetzt worden, dieses in der Öffentlichkeit immer häufiger diskutierte Thema ernsthafter anzugehen. Mit einem schnellen Abbau von Gewaltdarstellungen in den Medien will der Bundestag einen konkreten Beitrag zu der immer mehr verbreiteten Gewalt und Aggressivität in weiten Teilen der Gesellschaft, und zunehmend auch unter jungen Menschen, leisten. Gerade das Fernsehen mit seiner nicht unerheblichen Suggestivkraft trägt vielfach zu dieser Entwicklung bei. Das muß sich zum Positiven wenden. Der von den Länder-Ministerpräsidenten vereinbarte Rundfunkänderungsstaatsvertrag, die EU-Fernsehrichtlinie und die Einrichtung der 'Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen' durch die privaten Fernsehanbieter sind erste Schritte in die richtige Richtung. Der jetzt verabschiedete Antrag fordert die Bundesregierung jedoch darüberhinaus zu weiteren Aktivitäten auf europäischer Ebene auf, die zur Einhaltung von Prinzipien des Kinder- und Jugendschutzes geeignet sind. Außerdem soll die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften ausgebaut werden, sie muß in die Lage versetzt werden, auch neue technische Entwicklungen (wie Computer- und Video-Spiele) zügig prüfen und indizieren zu können.

Die Länder müssen noch stärker als bisher ihre Kontrollfunktionen gegenüber den öffentlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehsendern wahrnehmen. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob ein Ausstrahlungsverbot für indizierte Filme rechtlich möglich ist.

Vor allem aber werden die Fernsehveranstalter direkt aufgefordert, in allen Programmbereichen die gewaltorientierten Sendungen zu reduzieren. Es wäre übrigens ein besonderer Gewinn für die deutsche Fernseh-Landschaft, wenn der größte Senderechte-Inhaber und Medienmächtige, Leo Kirch, den in seinen Archiven liegenden und laufend auf fast allen Kanälen vermarkteten Gewalt-Schund einfach freiwillig vernichten würde!

Natürlich sind auch die Eltern gefordert, ihre besondere Verantwortung für eine altersgemäße Entwicklung ihrer Kinder ernstzunehmen. Der Staat darf nicht ständig Reparaturbetrieb für die vielfältigen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen sein. Mehr Verantwortungsbewußtsein auf der einen und mehr Orientierung am Kindeswohl auf der anderen Seite würden viele Ursachen von Gewalt und Aggression schon verhindern. Es ist zu hoffen, daß der fraktionsübergreifende Antrag, der erst nach mehr als 18monatigem Ringen zwischen Jugend- und Medienpolitiker/innen auf Bundes- und Landesebene zustandegekommen war, einen Sinnes- und Handlungswandel im Interesse der Kinder und Jugendlichen voranbringt.

(-/8. September 1994/hgs/ks)

Bundesregierung vernachlässigt die Interessen der Frauen

Hohe und lange Arbeitslosigkeit von ostdeutschen Frauen darf nicht zur Normalität werden

Von Edith Niehuis MdB

Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend

Der Trend der Verdrängung ostdeutscher Frauen aus dem Erwerbsleben hält ungebrochen an.

Es ist mehr als nur eine "Schattenseite", wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, es bezeichnete: Die Zahl der erwerbslosen Frauen in Ostdeutschland nimmt nicht ab. Nach wie vor sind in den neuen Bundesländern zwei Drittel aller dort arbeitslos Gemeldeten Frauen, und sie bleiben doppelt so lange arbeitslos wie Männer.

Dies hat nicht nur fatale Auswirkungen auf die gegenwärtige Situation der Frauen, sondern auch auf ihre Zukunft: auch in den neuen Bundesländern wird künftig die Altersarmut bei Frauen aufgrund geringer Renten wachsen.

Die Bundesregierung vernachlässigt dieses Problem auf sträfliche Weise. Läge ihr der gleichberechtigte Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt tatsächlich am Herzen, hätte sie längst wirksame Maßnahmen ergreifen müssen.

Frauenministerin Merkel hat mit ihrem zahn- und bißlosen Gleichberechtigungsgesetz eine wichtige Chance vertan, Frauen, und insbesondere Frauen in Ostdeutschland, gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung bei Entlassung und Einstellung zu schützen.

Aus gutem Grund sah dagegen das Gleichstellungsgesetz der SPD u.a. ein Verbot eines überproportionalen Frauenanteils bei Entlassungen und eine qualifikationsbezogene Frauenquote bei Einstellungen vor - und zwar auch für die Privatwirtschaft.

Wer den Frauen wirksame Gesetze gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt weiter vorenthält, wie es Bundesregierung und die CDU/CSU/FDP-Mehrheit im Bundestag tun, muß sich angesichts der Situation in den neuen Bundesländern erneut fragen lassen, ob dies wirklich nur manglende Einsicht ist - oder versteckte Ideologie. Denn Schäuble dürfte nicht der einzige Koalitionspolitiker sein, dem Frauen am Herd lieber sind als Frauen am Arbeitsplatz.

(-/8. September 1994/hgs/ks)
